

Was passierte am 9. November 1938 in Deutschland?

- a) Mit dem Angriff auf Polen beginnt der Zweite Weltkrieg.
- b) Die Nationalsozialisten verlieren eine Wahl und lösen den Reichstag auf.
- c) Jüdische Geschäfte und Synagogen werden durch Nationalsozialisten und ihre Anhänger zerstört.
- d) Hitler wird Reichspräsident und lässt alle Parteien verbieten.

Antwort: c)

In der Nacht vom 9. November 1938 organisierte das nationalsozialistische Regime Gewaltmaßnahmen gegen Jüdinnen und Juden in Deutschland und Österreich. Jüdische Geschäfte, Wohnungen und Synagogen wurden dabei gezielt zerstört. Die Nationalsozialisten nannten dieses Ereignis „Reichskristallnacht“. Heute wird der Begriff „Reichspogromnacht“ verwendet.

**In Deutschland gehören der Bundestag und der Bundesrat
zur ...**

- a) Exekutive
- b) Legislative
- c) Direktive
- d) Judikative

Antwort: b)

Der Bundestag und der Bundesrat gehören zur gesetzgebenden Gewalt in Deutschland, also zur **Legislative**.

Die **Exekutive** ist die ausführende Gewalt. Sie sorgt dafür, dass die Gesetze umgesetzt werden, zum Beispiel durch die Bundesregierung, die Polizei oder das Finanzamt. Die **Judikative** ist die rechtsprechende Gewalt. Zu ihr gehören Richterinnen und Richter.

Eine Partei im Deutschen Bundestag will die Pressefreiheit abschaffen. Ist das möglich?

- a) Ja, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Bundestag dafür sind.
- b) Ja, aber dazu müssen zwei Drittel der Abgeordneten im Bundestag dafür sein.
- c) Nein, denn die Pressefreiheit ist ein Grundrecht. Sie kann nicht abgeschafft werden.
- d) Nein, denn nur der Bundesrat kann die Pressefreiheit abschaffen.

Antwort: c)

Die Pressefreiheit ist in Artikel 5 des Grundgesetzes (GG) verankert. Grundsätzlich ist eine Änderung des Grundgesetzes (GG) möglich. Dafür müssen sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat zwei Drittel zustimmen.

Zu wem gehörte die DDR im „Kalten Krieg“?

- a) zu den Westmächten
- b) zum Warschauer Pakt
- c) zur NATO
- d) zu den blockfreien Staaten

Antwort: b)

Der Warschauer Pakt war ein militärischer Vertrag des sog. Ostblocks unter der Führung der Sowjetunion. Er bildete im Kalten Krieg das Gegenstück zur NATO.

Zu den Mitgliedstaaten gehörten die Sowjetunion, die Volksrepubliken Polen, Ungarn Rumänien und Bulgarien, die DDR sowie (bis 1968) Albanien.

Der Warschauer Pakt bestand von 1955 bis zum Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991.

In welchem Jahr wurde die Mauer in Berlin gebaut?

a) 1953

b) 1956

c) 1959

d) 1961

Antwort: d)

Je mehr „Zweitstimmen“ eine Partei bei einer Bundestagswahl bekommt, desto ...

- a) mehr Sitze erhält die Partei im Parlament.
- b) weniger Erststimmen kann sie haben.
- c) mehr Direktkandidaten der Partei ziehen ins Parlament ein.
- d) größer ist das Risiko, eine Koalition bilden zu müssen.

Antwort: a)

Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschlands

war ...

- a) Ludwig Erhard.
- b) Willy Brandt.
- c) Konrad Adenauer.
- d) Gerhard Schröder.

Antwort: c)

Konrad Adenauer (1., CDU), Ludwig Erhard (2., CDU), Willy Brandt (4., SPD), Gerhard Schröder (7., SPD)

Die deutschen Bundesländer wirken an der Gesetzgebung des Bundes mit durch ...

- a) den Bundesrat
- b) die Bundesversammlung
- c) den Bundestag
- d) die Bundesregierung

Antwort: a)

Der Bundesrat gilt als das „Parlament der Länderregierungen“.

Wann ist die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt?

- a) bei der öffentlichen Verbreitung falscher Behauptungen über einzelne Personen
- b) bei Meinungsäußerungen über die Bundesregierung
- c) bei Diskussionen über Religionen
- d) bei Kritik am Staat

Antwort: a)

**Welche Parteien wurden 1946 zwangsweise zur SED vereint,
der Einheitspartei der späteren DDR?**

- a) KPD und SPD
- b) SPD und CDU
- c) CDU und FDP
- d) KPD und CSU

Antwort: a)

Die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) war die Staatspartei der DDR von 1946-1990. Obwohl es in der DDR Wahlen gab, waren diese weder frei noch geheim. Es gab keine echte Auswahl zwischen verschiedenen Parteien. Die SED konnte so über Jahrzehnte ihre Macht sichern.

Wann wurde die DDR gegründet?

a) 1947

b) 1949

c) 1953

d) 1956

Antwort: b)

Wer wird meistens zum Präsidenten oder zur Präsidentin des Deutschen Bundestags gewählt?

- a) der/die älteste Abgeordnete im Parlament
- b) der Ministerpräsident/die Ministerpräsidentin des größten Bundeslandes
- c) ein Abgeordneter/eine Abgeordnete der stärksten Fraktion
- d) ein ehemaliger Bundeskanzler/eine ehemalige Bundeskanzlerin

Antwort: c)

Wer ernennt in Deutschland die Minister/die Ministerinnen der Bundesregierung?

- a) der Präsident/die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts
- b) der Bundespräsident/die Bundespräsidentin
- c) der Bundesratspräsident/die Bundesratspräsidentin
- d) der Bundestagspräsident/die Bundestagspräsidentin

Antwort: b)

Nach einer Wahl schlägt der/die Bundeskanzler/in die Minister und Ministerinnen vor. Die vorgeschlagenen Personen werden dann von der/dem Bundespräsidenten/in ernannt.

Was gehört in Deutschland nicht zur Exekutive?

- a) die Polizei
- b) die Gerichte
- c) das Finanzamt
- d) die Ministerien

Antwort: b)

Es gehört nicht zu den Aufgaben des Deutschen Bundestages,

...

- a) Gesetze zu entwerfen.
- b) die Bundesregierung zu kontrollieren.
- c) den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin zu wählen.
- d) das Bundeskabinett zu bilden.

Antwort: d)

Das Bundeskabinett besteht aus der Bundeskanzlerin oder dem Bundeskanzler sowie den Bundesministerinnen und Bundesministern. Sie werden vom Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin ernannt.

Wer schrieb den Text zur deutschen Nationalhymne?

- a) Friedrich von Schiller
- b) Clemens Brentano
- c) Johann Wolfgang von Goethe
- d) Heinrich Hoffmann von Fallersleben

Antwort: d)

Die Melodie der deutschen Nationalhymne wurde außerdem von Joseph Haydn komponiert.

Was war am 8. Mai 1945?

- a) Tod Adolf Hitlers
- b) Beginn des Berliner Mauerbaus
- c) Wahl von Konrad Adenauer zum Bundeskanzler
- d) Ende des Zweiten Weltkrieges

Antwort: d)

Wann wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet?

a) 1939

b) 1945

c) 1949

d) 1951

Antwort: c)

Welcher Politiker steht für die „Ostverträge“?

- a) Helmut Kohl
- b) Willy Brandt
- c) Michail Gorbatschow
- d) Ludwig Erhard

Antwort: b)

Die Ostverträge waren 1972 geschlossene Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten. Sie galten als ein wichtiger Schritt zur politischen Annäherung im Kalten Krieg.

Bundeskanzler Willy Brandt (1969–1974) setzte sich in dieser Zeit für eine Entspannungspolitik unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ ein. Eine bekannte Geste in diesen Zeiten war Brandts Kniefall am Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos.

Deutschland ist Mitglied des Schengener Abkommens. Was bedeutet das?

- a) Deutsche können in viele Länder Europas ohne Passkontrolle reisen.
- b) Alle Menschen können ohne Personenkontrolle in Deutschland einreisen.
- c) Deutsche können ohne Passkontrolle in jedes Land reisen.
- d) Deutsche können in jedem Land mit dem Euro bezahlen.

Antwort: a)

Durch welche Verträge schloss sich die Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten zu der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammen?

- a) durch die „Hamburger Verträge“
- b) durch die „Römischen Verträge“
- c) durch die „Pariser Verträge“
- d) durch die „Londoner Verträge“

Antwort: b)

In der DDR lebten vor allem Migranten aus ...

- a) Vietnam, Polen, Mosambik.
- b) Frankreich, Rumänien, Somalia.
- c) Chile, Ungarn, Simbabwe.
- d) Nordkorea, Mexiko, Ägypten.

Antwort: a)

Was ereignete sich am 17. Juni 1953 in der DDR?

- a) der feierliche Beitritt zum Warschauer Pakt
- b) landesweite Streiks und ein Volksaufstand
- c) der 1. SED-Parteitag
- d) der erste Besuch Fidel Castros

Antwort: b)

Die Unzufriedenheit der Menschen in der frisch gegründeten DDR gipfelte am 17. Juni 1953 in einem Volksaufstand. Der Volksaufstand wurde blutig niedergeschlagen. Die Niederschlagung war „einer der größten Militäreinsätze in der europäischen Nachkriegsgeschichte“.

Der 27. Januar ist in Deutschland ein offizieller Gedenktag.

Woran erinnert dieser Tag?

- a) an das Ende des Zweiten Weltkrieges
- b) an die Verabschiedung des Grundgesetzes
- c) an die Wiedervereinigung Deutschlands
- d) an die Opfer des Nationalsozialismus

Antwort: d)

Der 27. Januar ist in Deutschland ein offizieller Gedenktag, der an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert.

Anlass für das Datum ist die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945.

Was macht ein Schöffe/eine Schöffin in Deutschland? Er / Sie

...

- a) entscheidet mit Richtern/Richterinnen über Schuld und Strafe.
- b) gibt Bürgern/Bürgerinnen rechtlichen Rat.
- c) stellt Urkunden aus.
- d) verteidigt den Angeklagten/die Angeklagte.

Antwort: a)

Ein Schöffe/Eine Schöffin arbeitet in Deutschland ehrenamtlich und entscheidet gemeinsam mit Richterinnen und Richtern über Schuld und Strafe.

Was ist keine staatliche Gewalt in Deutschland?

- a) Gesetzgebung
- b) Regierung
- c) Presse
- d) Rechtsprechung

Antwort: c)

Wann kann in Deutschland eine Partei verboten werden?

- a) wenn ihr Wahlkampf zu teuer ist
- b) wenn sie gegen die Verfassung kämpft
- c) wenn sie Kritik am Staatsoberhaupt äußert
- d) wenn ihr Programm eine neue Richtung vorschlägt

Antwort: b)

**Vor wie vielen Jahren gab es erstmals eine jüdische
Gemeinde auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands?**

- a) vor etwa 300 Jahren
- b) vor etwa 700 Jahren
- c) vor etwa 1150 Jahren
- d) vor etwa 1700 Jahren

Antwort: d)

Die Bundesrepublik hat einen dreistufigen

Verwaltungsaufbau. Wie heißt die unterste politische Stufe?

- a) Stadträte
- b) Landräte
- c) Gemeinden
- d) Bezirksämter

Antwort: c)

Man will die Buslinie abschaffen, mit der Sie immer zur Arbeit fahren. Was können Sie machen, um die Buslinie zu erhalten?

- a) Ich beteilige mich an einer Bürgerinitiative für die Erhaltung der Buslinie oder gründe selber eine Initiative.
- b) Ich werde Mitglied in einem Sportverein und trainiere Radfahren.
- c) Ich wende mich an das Finanzamt, weil ich als Steuerzahler / Steuerzahlerin ein Recht auf die Buslinie habe.
- d) Ich schreibe einen Brief an das Forstamt der Gemeinde.

Antwort: a)

Soziale Marktwirtschaft bedeutet, die Wirtschaft ...

- a) steuert sich allein nach Angebot und Nachfrage.
- b) wird vom Staat geplant und gesteuert, Angebot und Nachfrage werden nicht berücksichtigt.
- c) richtet sich nach der Nachfrage im Ausland.
- d) richtet sich nach Angebot und Nachfrage, aber der Staat sorgt für einen sozialen Ausgleich.

Antwort: d)

**Welche deutsche Stadt wurde nach dem Zweiten Weltkrieg
in vier Sektoren aufgeteilt?**

- a) München
- b) Berlin
- c) Dresden
- d) Frankfurt/Oder

Antwort: b)

Die vier alliierten Siegermächte teilten Berlin in vier Sektoren auf. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Jahr 1949 kam es zu einer Teilung Berlins in West-Berlin und Ost-Berlin.

Für wie viele Jahre wird der Landtag in Bayern gewählt?

a) 3

b) 4

c) 5

d) 6

Antwort: c)